

Anlage I

....., den.....
 (Stadt-, **Kreis**-, Amts- oder
 Gemeindeverwaltung)

An das
 Finanzamt

B e t r.: Verwaltung der **Hypothekengewinnabgabe**;
 hier: Verzicht auf Umstellungsgrundschulden
 gem. § 3b **HypSichG** zum Zweck der Er-
 mittlung von Leistungen auf die Abgabe-
 schulden der HGA gem. § 105 Abs. 1 LAG
 betr. das Grundstück
 in Straße Nr.
 Grundstückseigentümer:

B e z u g : Gem. RdErl. d. Ministers für Wiederaufbau u.
 d. Finanzministers v. 16. 7. 1955 (MB1. NW.
 S. 1466) 3).

Gemäß § 1 des Gesetzes zur Sicherung **von** Forderun-
 gen für den Lastenausgleich (**HypSichG**) v. 2. September
 1948 (**WiGB1. S. 87**) in der Fassung des Änderungsgeset-
 zes v. 10. August 1949 (**WiGB1. S. 232**) waren im Rang
 unmittelbar hinter den auf dem oben angegebenen Grund-
 stück lastenden, im Verhältnis 10 : 1 auf Deutsche Mark
 umgestellten Grundpfandrechten **Umstellungsgrundschul-**
den entstanden.

Das/Die Gebäude auf dem belasteten Grundstück **war/**
 waren durch Kriegssachschäden **zerstört/beschädigt**. Es
 ist/Sie sind unter Inanspruchnahme eines der nachstelligen
 Finanzierung dienenden öffentlichen Baudarlebens
 wiederaufgebaut/wiederhergestellt worden. Mit dem Wie-
deraufbau/der Wiederherstellung ist am

620

begonnen worden. Der Grundstückseigentümer hat am den Antrag **auf** Verzicht auf Umstellungsschulden gem. § 3b HypSichG gestellt. über den Antrag ist bisher nicht entschieden worden.

Das öffentliche Baudarlehn ist zu einem **festen** Zinssatz gewährt **worden.**¹⁾

Das öffentliche Baudarlehn ist vertraglich mit einem Höchstzinssatz von **4,5/6 %**¹⁾ jährlich zu verzinsen. Aus der für das geförderte Bauvorhaben aufgestellten, von mir geprüften und anerkannten Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt sich, daß

- a) die Erträge zur vollen Verzinsung der gewährten öffentlichen Baudarlehen **ausreichen.**¹⁾
- b) die Zinsen für das öffentliche Baudarlehn zur Herstellung der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens unter den o. a. vertraglich vereinbarten Zinssatz gesenkt werden **mußten.**¹⁾

Die Wirtschaftlichkeitsberechnung gemäß Nr. 2 ist — für die ganze Wirtschaftseinheit [also einschließlich der gewerblich genutzten Teile des Gebäudes und des **Grundstücks**]¹⁾ — nur für **einen** Teil der Wirtschaftseinheit¹⁾ — aufgestellt worden. Die Wirtschaftseinheit umfaßt das aus den Parzellen Nr. (**Gemarkung** Flur — eingetragen im Grundbuch von Band Blatt unter lfd. Nr. des Bestandsverzeichnisses) bestehende Baugrundstück nebst dem Gebäude/den Gebäuden, das/die den neugeschaffenen Wohnraum enthält/enthalten, einschließlich — ausschließlich — der auf dem Baugrundstück vorhandenen bewohnten Gebäude und Gebäudeteile, der zugehörigen Nebengebäude, Anlagen und Einrichtungen (Wirtschaftseinheit i. S. des § 3 Abs. 2 bis 4 der Berechnungsverordnung).

Die Mitteilung erfolgt, um Ihnen eine Entscheidung über den rechnungsmäßigen Verzicht nach § 3b HypSichG zum Zwecke der Ermittlung der Leistungen nach § 105 Abs. 1 LAG zu ermöglichen.

Eine rechtsverbindliche Zusicherung des Umstellungs**grundschuldverzichtes** nach § 3 b HypSichG ist — am — nicht — erteilt worden.

Der Grundstückseigentümer hat Abschrift dieses Schreibens erhalten.

PS.)

(Unterschrift)

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen.